

## **Kleine Anfrage 2629**

des Abgeordneten Peter Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

an die Landesregierung

### **Update: Ansprüche nach Staatshaftungsgesetz durch Abwasserzweckverbände**

Ich nehme Bezug auf die Beantwortung der Kleinen Anfrage Nr. 2322 (Drucksache der Antwort: 6/5822). Ich bitte hierzu um ein Update.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Aufgabenträger haben bisher in welcher Höhe Schadensersatzansprüche mit Bezug auf den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 12.11.2015 (1 BvR 2961/14, 1 BvR 3051/14) gegenüber dem Land geltend gemacht? Bitte tabellarisch auflisten.
2. Wie ist der Bearbeitungs- bzw. Bescheidungsstand der geltend gemachten Ansprüche?
3. Falls Anträge bereits abgelehnt worden sein sollten: aus welchen Gründen geschah dies? Bitte um Darstellung der Rechtsauffassung.
4. Sofern das Land bestimmte Anträge abgelehnt haben sollte, wird sodann die Landesregierung der Durchführung eines Musterverfahrens zur Vermeidung überbordender Gerichtskosten zustimmen? Gibt es hierzu bereits einen Meinungsstand? Wenn ja, welchen?
5. Gab es Gesprächsangebote seitens der Zweckverbände (Aufgabenträger) an das Land zur Klärung der Möglichkeit von Musterverfahren? Wenn ja, wie hat die Landesregierung auf diese reagiert?